

**Antrag 2022**

Bezirksregierung Arnsberg  
 Kompetenzzentrum für Integration  
 Dezernat 36  
 Seibertzstraße 1  
 59821 Arnsberg

auf Gewährung von Zuschüssen zu Personal- und Sachausgaben für die Koordination, Vernetzung und Qualifizierung - KOMM-AN KI NRW - Programmteil I, hier<sup>1</sup>:

Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen an Kreise und kreisfreie Städte gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit (KOMM-AN KI NRW) vom 21.12.2017 in der aktuellen Fassung

**1. Antragsteller**

Name/Bezeichnung:	
Anschrift:	Straße: PLZ/Ort:
Anschrift des KI:	Straße: PLZ/Ort:
Auskunft erteilt:	Name: Tel. (Durchwahl): Telefax-Nr.: Email:
Bankverbindung:	IBAN: BIC: Bezeichnung des Kreditinstitutes: HHst./ Kassenzeichen, Vertragskonto:

<sup>1</sup> Zutreffendes bitte ankreuzen.

## 2. Maßnahme

Koordinierung, Vernetzung und Qualifizierung im Rahmen der Aufgaben des Programms KOMM-AN NRW (Nr. 2.1 der RL) durch nachstehende Fachkräfte gemäß Nr. 5.4.1.1 der RL:

Nr.	Vor- und Zuname	Beschäftigt als (VFKA = Verwaltungsfachkraft, SFKA = sozialpädagogische Fachkraft)	im Zeitraum vom... bis... tätig	Stellenanteil im KI (v.H.) <sup>2</sup>	Besoldungs-/ Entgeltgruppe und Stufe	Voraussichtliche Personalausgaben ohne Gemeinkosten entspr. des angegebenen Stellenanteils und Beschäftigungszeitraums <sup>3</sup>
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
<b>Summe:</b>						

Voraussichtliche Sachausgaben gemäß Nr. 5.4.1.2 der RL: €

<sup>2</sup> abhängig vom jeweiligen Vollzeitäquivalent. Der prozentuale Anteil, z.B. 75 v.H., der tatsächlichen Vollzeitstelle ist anzugeben.

<sup>3</sup> voraussichtliche Personalausgaben bezogen auf den angegebenen Beschäftigungszeitraum und Stellenanteil: Beamte = Bruttogehalt + max. 30% Versorgungszuschlag ohne Beihilfe, Angestellte/Beschäftigte = Bruttogehalt + Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers + Zusatzversorgung Rente (VBL) + Vermögenswirksame Leistungen + evtl. weitere (zu erläuternde) gesetzliche oder tarifvertragliche Verpflichtungen des Arbeitgebers.

Durchführungszeitraum von            bis            (max. bis zum 31.12.2022)

Angabe über die organisatorische Einordnung des Kommunalen Integrationszentrums:

wie bisher

neu ab/ seit            wie folgt:

### 3. Beantragte Zuwendung

Zu den unter Nr. 2 des Antrags dargestellten Personalausgaben der aufgeführten Fachkräfte wird eine Zuweisung in Form der Festbetragsfinanzierung in Höhe von insgesamt \_\_\_\_\_Euro beantragt.

Zu den unter der Nr. 2 des Antrags angegebenen Sachausgaben wird eine Zuweisung in Form der Festbetragsfinanzierung in Höhe von insgesamt \_\_\_\_\_ Euro beantragt. <sup>4</sup>

### 4. Erklärungen

Die Antragstellerin/ Der Antragsteller erklärt, dass

- 4.1 Mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. <sup>5</sup>
- 4.2 die Steuerung des Projektes und die Verantwortung für das Projektergebnis in der Hand der kreisfreien Stadt/des Kreises liegt,
- 4.3 ein durch den Rat der Stadt bzw. durch den Kreistag – in Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden – beschlossenes Integrationskonzept vorliegt,
- 4.4 mit den zur Verfügung gestellten Landesmitteln die kommunale Integrationsarbeit verbessert wird,
- 4.5 die im Antrag beantragten Mittel für Sachausgaben (Pauschalen) entsprechend der o.g. Richtlinie verwendet werden,
- 4.6 keine andere öffentliche Förderung beantragt wurde, keine Leistungen Dritter zu erwarten sind, keine alternativen Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten bestehen und sie/er die Zuwendungen übersteigenden Ausgaben aufbringen wird/die Gesamtfinanzierung gesichert ist,
- 4.7 bei der Förderung gem. der RL
  - geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden;

- die Verwaltungsausgaben einschl. der Reisekosten sowie die Ausgaben für Lehr-, Lern- und Projektmittel übernommen werden;
- sie/er an dem durch das von den zuständigen Ministerien vorgegebene Förderprogrammcontrolling und ggf. wissenschaftlichen Begleituntersuchungen mitwirkt;
- das von ihr/ihm betriebene Kommunale Integrationszentrum am Erfahrungstransfer und an überregionalen Aktivitäten der landesweiten Koordinierungsstelle und des Verbundes teilnimmt,

4.8 die Angaben in diesem Antrag (einschl. der Antragsanlagen) vollständig und richtig sind.

\_\_\_\_\_  
(Ort/Datum)

\_\_\_\_\_  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Name, Funktion)

<sup>4</sup> Die Höhe der KOMM-An Stellenanteile richtet sich nach der am Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) bemessenen Zuteilung von Flüchtlingen für das Jahr 2016. Dieser liegt die Einwohnerzahl und Fläche der aufnehmenden Kommune zugrunde. Die Aufteilung der Zuweisung für Sachausgaben erfolgt ebenfalls nach dem FlüAG-Schlüssel.

<sup>5</sup> Gilt nicht für Fortführungsmaßnahmen.